

Antrag auf Erteilung einer beschränkten Erlaubnis im vereinfachten Verfahren gemäß Art. 70 Abs. 1 Nr. 3 Bayer. Wassergesetz (BayWG) zur Bauwasserhaltung

1. Bauherr

Name, Vorname
Straße, Haus-Nr.
PLZ, Ort
Tel.-Nr.

2. Antragsteller falls abweichend von 1.

Name
Straße, Haus-Nr.
PLZ, Ort
Tel.-Nr.

3. Bauort und Beschreibung des Bauvorhabens

Straße, Haus-Nr.		
Flur-Nr.	Gemarkung	Gemeinde/Stadt
Art des Bauvorhabens		Größe des Baugrube in m ²

4. Art der Entnahme (z.B. Anzahl Schachtbrunnen, Bohrbrunnen, Drainagen,)

Die Grundwasserabsenkung erfolgt mittels:	<input type="checkbox"/> offener	<input type="checkbox"/> geschlossener	- Wasserhaltung
---	----------------------------------	--	-----------------

5. Einleitung / Versickerung (z.B. Sickerbecken, Sickerschacht,)

Flur-Nr. der Einleitungsstelle	Art der Versickerung
--------------------------------	----------------------

Die Einleiten erfolgt in: den Untergrund/das Grundwasser

Eine Prüfung hat ergeben, dass die Einleitung in den Untergrund nicht bzw. nur mit unzumutbarem Material- und Kostenaufwand verbunden, möglich ist.

Begründung:

Eine Einleitung erfolgt deshalb in: ein Gewässer/Name: _____
 einen Regenwasserkanal
 den Schmutz- oder Mischwasserkanal

Hinweis: Bei der Einleitung über einen städtischen/gemeindlichen Kanal in ein Gewässer ist auch die (schriftliche) Zustimmung des Kanalnetzbetreibers (Gemeinde/Stadt) einzuholen.

Das geförderte Wasser soll in die öffentliche Kanalisation eingeleitet werden. Falls zutreffend, bitte nachfolgend vom Betreiber (Stadt/Gemeinde/Stadtwerke /Gemeindewerke) bestätigen lassen.

Hiermit wird bestätigt, dass die Einleitung des geförderten Wassers (___ l/s) in den öffentlichen Kanal möglich ist.

Ort, Datum: _____

 Unterschrift Betreiber

6. Voraussichtlicher Zeitraum der Maßnahme

Beginn der Bauwasserhaltung (Datum)	Ende der Bauwasserhaltung (Datum)
-------------------------------------	-----------------------------------

7. Angaben zum Grundwasser und zum Untergrund

Grundwasserfließrichtung:	Oberkante Gelände (GOK) in m ü NN
Höchster Grundwasserstand in m ü. NN	Mittlerer Grundwasserstand in m ü. NN
gemessener aktueller Grundwasserstand (ab GOK, in Metern)	Absenkungstiefe (gemessen ab Grundwasserstand in Metern)
Bodenprofil des Baugrundes bzw. Angaben über Untergrundverhältnisse, z. B. Kies, Lehm:	

8. Art der Baugrubensicherung

mit Einbindetiefe in m ü. NN und Angaben zur Spundwand bzw. über Bodeninjektionen (Injektionsmaterial, Menge)

9. Voraussichtliche Ableitungs-, Entnahmemenge

Gesamt in l/s	Gesamt in m ³ /h	Gesamt in m ³	Pumpenleistung je Pumpe l/s
---------------	-----------------------------	--------------------------	-----------------------------

10. vorgehaltene Absetz- und Rückhalteeinrichtungen

<hr/> <hr/>

11. Eventuelle Auswirkungen auf andere Nutzungen / ggf. Abhilfemaßnahmen

(wie z.B. Absenktrichter bzw. Aufstau mit Angabe der Höhe)

(Dücker, Ringdränage, hochdurchlässige den ganzen Keller umschließende Baugrubenhinterfüllungen, o. ä.)

12. Die Bedingungen des § 49 Abs. 1 Satz 2 WHG werden eingehalten:

- ja (keine nachteilige Auswirkung auf die Grundwasserbeschaffenheit)
 nein Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen in das Grundwasser (z.B. Kellergeschoss, Bodeninjektion) ist einzuholen.

13. Es handelt sich um ein:

- Wasserschutz- /Heilquellenschutzgebiet ja nein
Altlasten- /Altlastenverdachtsfläche: ja nein

14. Anlagen

Dem Antrag liegen folgende Unterlagen vollständig und in 3-facher Ausfertigung bei:

- Lageplan M = 1:5.000
 Lageplan M = 1:1.000 mit
 Kennzeichnung der Baugrube (zwingend vorzulegen)
 mit eingezeichneter Entnahme- und Einleitungsstelle (zwingend vorzulegen)
 eingezeichneter Grundwasserfließrichtung
 Lage eventuell vorhandener Grundwassermessstellen
 Einverständniserklärung des Grundstückseigentümers, sofern für die Versickerung ein fremdes Grundstück in Anspruch genommen wird.
 ggf. Gutachten zur Bauwasserhaltung

Ort, Datum

Unterschrift **Antragsteller / Firmenstempel**